

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.



Ihr streikt?

Ihr streikt? — So streikt nur. Wir streiken nicht, Und wenn unser Laster zusammenbricht! — Und legt ihr die Hand' in den Schoß zu Haus, Und seht ihr uns sicherem Tode aus, Und wollt ihr nicht Schritt um Schritt mit uns gehn, Nicht Pulver schaffen, Granaten drehn —: Wir bluten. Wir sterben. Wir tun unsre Pflicht. Wir streiken nicht!

Verlaßt ihr uns und unser Schwert, Seht! Ihr seid unsrer nicht mehr wert! Dem Feinde wissen wir zu verzeihn; Der Verräter soll ewig gebrandmarkt sein! Wir hielten zur Heimat treu und fest. Fluch dem, der den Bruder im Stiche läßt! Fluch dem! Wir speien ihm ins Gesicht! Wir streiken nicht!

Und müssen wir nackt vor dem Feinde stehn, Ohne Schwert, ohne Kugel zum Sturme gehn — So ringt unser Fleisch gegen Eisen und Blei, Doch streiken wir nicht! Es bleibt dabei! Laßt ihr uns verbluten — wir tun unsre Pflicht. Wir streiken nicht!

Herm. Fäbcke.

Wiedereinführung der vollen Verbandsbeiträge. Beschluß des Zentralvorstandes.

Die seit herige, am 1. April 1917 beschlossene Beitragsregelung, wonach unter gewissen Voraussetzungen die halben Wochenbeiträge (bezw. alle 14 Tage ein voller Wochenbeitrag) gezahlt werden konnten, tritt außer Kraft.

Mit der am 3. März 1918 beginnenden Woche werden wieder allgemein die vollen Verbandsbeiträge eingeführt (§. 9 der Satzungen).

Danach sind folgende Mindestbeiträge zu leisten:

Jugendliche Mitglieder unter 16 Jahren	= 10 Pfg.
Jugendliche Mitglieder von 16—18 Jahren	= 20 "
Heimarbeiter und -Arbeiterinnen	= 20 "
weibliche Mitglieder (Fabrikarbeiterinnen) über 18 Jahre	= 30 "
männliche Mitglieder über 18 Jahre	= 40 "

Sinzu treten die örtlichen Lokalbeiträge, die durchweg 10 Pfg. pro Mitglied und Woche betragen sollen.

Alle Verbandsfunktionäre (Beamte, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute) sind dringendst gebeten, in eine lebhafteste und ausdauernde Propaganda für den freiwilligen Uebertritt der Mitglieder in höhere Klassen einzutreten.

Soweit der Beschluß der Verbandsleitung. Zur Begründung sei kurz folgendes ausgeführt:

1. In den letzten Monaten sind bei den Bezirksleitern und der Zentralstelle zahlreiche Klagen über Drückbergereien eingelaufen. Manche Mitglieder, deren Einkommen die Hälfte des Normalverdienstes erheblich überstieg, haben dies bestritten und sich entschieden gestraubt, die vollen Beiträge zu leisten. Ja es sind Fälle bekannt geworden, in denen Mitglieder weit mehr verdienen als früher, die aber trotzdem nicht für die volle materielle Befriedigung an den

Verband zu haben waren. Das kann nicht so weiter gehen. In diesen Mißständen liegt ja auch ein großes Unrecht gegenüber allen ehrlichen und pflichttreuen Kollegen und Kolleginnen, die vielleicht jahrelang, auch unter den schwierigsten Verhältnissen, ihre vollen Beiträge geleistet haben. Andererseits sind gerade die neubeitretenden Mitglieder durchweg gar nicht kleinlich, sondern opferfreudig. Das ist ein gutes Omen für die Zukunft. Der Verband hat im Jahre 1917 rund 3500 Mitglieder zugenommen.

2. Der Verband hat während der Kriegszeit, speziell auch im Jahre 1917, auf dem Gebiete der Lohnfrage für die Mitglieder große Erfolge erzielt. Zunächst darf und muß immer wieder erinnert werden an die Einführung der Textilarbeiterfürsorge, die in den meisten Orten und Bezirken bei reger Tätigkeit des Verbandes sehr fühlbar verbessert worden ist. Dann aber auch die direkten Lohnerhöhungen, die sich inner- und außerhalb des Berufes auf 30—100 Prozent belaufen. Diese Erfolge sind gar nicht zu leugnen! Wo sie nicht erzielt wurden, liegt dies meist an der Interesselosigkeit der Mitglieder selbst oder an der Untätigkeit der Führung. Gewiß kann hier der Einwand erhoben werden, daß diese Lohnerhöhungen bei den heutigen Preisverhältnissen eine absolute Notwendigkeit waren und sind, daß der Wert des Geldes gesunken ist. Richtig, aber auch für die Organisation ist der Wert des Geldes gesunken — für unsern Verband, den wir unter allen Umständen über den Krieg hinaus lebens- und leistungsfähig erhalten müssen.

3. Die anderen Verbände haben durchweg höhere Beiträge als wir. Das trifft nicht nur zu für die Organisationen anderer Berufe, in denen günstigere Arbeits- und Lohnbedingungen vorhanden sind, sondern auch im deutschen Textilarbeiterverband wird beispielsweise seit längerer Zeit eine lebhafteste Agitation für höhere Beiträge entfaltet.

4. Die Leistungen des Verbandes sind keineswegs so gering, daß sie etwa keine Bewertung verdienen. Wenn oft betont wird, der deutsche Textilarbeiterverband habe noch einen Bruchteil der Arbeitslosenunterstützung beibehalten, wir aber nicht, so ist dem folgendes entgegen zu halten:

- a) diese Arbeitslosenunterstützung ist sehr niedrig und kurzfristig;
- b) in den Domänen unseres Verbandes ist die Textilarbeiterfürsorge durchweg in ihren Leistungen höher als in vielen anderen Distrikten;
- c) wir legen das Hauptgewicht auf die Erzielung höherer Löhne;
- d) unser Verband gewährt — und damit steht er allein — die Hälfte der Sterbeunterstützung. Beibehalten resp. wieder eingeführt wurde die Gemäßregeltenunterstützung und — unter bestimmten Voraussetzungen — auch die Streitunterstützung. Endlich hat der Verband in sehr zahlreichen besonderen Notfällen alten, treuen, bewährten Mitgliedern Sonderunterstützungen zugebilligt und wird das auch fernerhin tun. Diese Tatsachen sollte jedes Mitglied objektiv bewerten, dann wird die Zustimmung zu dem Beschluß des Zentralvorstandes mit Freuden erfolgen.

Und noch mehr! Wir alle haben das gleiche Interesse an der Leistungsfähigkeit und dem Wiedererstarben des Verbandes! Darum hinein in die höheren

Beitragsklassen! Viel Kleines macht ein großes, in der Beitragsklasse sammeln sich die — oft leicht zu ertragenden — geringen Mehropfer zu ansehnlichen Summen an.

Dann ein letztes: Ordnung in den Ortsgruppen, pünktliche Beitragszahlung, regelmäßige Einlassung (auch der Sozialzuschläge — mindestens 10 Pfg. wöchentlich) und Leben, Begeisterung allerwärts im Verbands. Es kann so vieles geschehen, so manches erreicht werden — legen wir nur Hand ans Werk, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Zur Lohnfrage in der Textilindustrie

Speziell in der Baumwollindustrie hat die Kriegsamtstelle Düsseldorf bereits vor einem halben Jahre eine sehr bedeutende Verordnung an die Schlichtungsausschüsse ihres Bezirks erlassen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Kriegsamtstelle Düsseldorf. Düsseldorf, den 2. Juli 1917.
Nt. 10T. Nr. 787.

Betrifft Höchstleistungsbetriebe.

Dem Schlichtungsausschuß in

(Ort)

wird nachfolgende Mitteilung der Kriegsrohstoff-Abteilung Berlin zur Kenntnis gebracht:

Mit Rücksicht auf die Zusammenlegung der Arbeit in der Textilindustrie hat die Baumwollindustrie verstanden, daß die weiterverarbeitenden Betriebe von den Garn- bzw. Gewebepreisen nur einen solchen Teil erhalten, der ungefähr ihren Herstellungskosten entspricht, während der Rest in eine gemeinsame Klasse fließt, aus der die sogenannten stillgelegten Betriebe entschädigt werden. Zweck Berechnung der ungefähren Selbstkosten der weiterverarbeitenden Betriebe sind in der Entschädigungsverordnung vom 26. April 1917 Durchschnitts-Spinnlöhne bzw. Weblöhne nach Maßgabe der derzeitigen tatsächlichen Verhältnisse errechnet und in die Kalkulation eingesetzt worden.

Auf Grund dieser Satzung vertreten nun einzelne Höchstleistungsbetriebe ihren Arbeitern und auch den Schlichtungsausschüssen des Vaterländischen Hilfsdienstes gegenüber den Standpunkt, daß sie nicht berechtigt und nicht verpflichtet seien, ihren Arbeitern andere als die in der Entschädigungsverordnung genannten Löhne zu zahlen.

Dieser Standpunkt ist vollkommen unberechtigt. Bei sämtlichen Besprechungen über die Entschädigungsverordnung herrschte allgemein Einverständnis darüber, daß die in der Satzung festgesetzten Spinn- bzw. Weblöhne nur eine Rechnungsgrundlage bilden sollten. Das geht schon daraus hervor, daß die Löhne in der Satzung für sämtliche Betriebe in allen Teilen Deutschlands gleich angenommen worden sind, während die tatsächlich zu zahlenden Löhne selbstverständlich je nach der örtlichen Lage des Betriebes verschieden sein müssen. Außerdem ist es den Höchstleistungsbetrieben durch Rundschreiben des Kriegsausschusses der Deutschen Baumwollindustrie vom 30. Mai 1917 nochmals ausdrücklich mitgeteilt worden und ist auch aus der Satzung selbst ersichtlich, die eine zeitweise Nachprüfung der angeführten Spinn- bzw. Weblöhne zwecks Berücksichtigung veränderter Verhältnisse ausdrücklich vorsieht.

Die Lohnfestsetzung in der Entschädigungsverordnung entbindet die Höchstleistungsbetriebe also nicht von der Pflicht, ihren Arbeitern angemessene Löhne zu zahlen. Die Zahlung angemessener Löhne kann auch dann von ihnen verlangt werden, wenn sie in den Preis, den sie für das Garn bzw. Gewebe bekommen, keine volle Deckung finden, die die Vorteile, welche die Höchstleistungsbetriebe allein durch die Tatsache genießen, daß sie weiterarbeiten und sich dadurch einen Stamm von Arbeitern erhalten, sind so bedeutend, daß die Höchstleistungsbetriebe billigerweise dafür auch einen Verlust in den Kauf nehmen können. Im übrigen wird mit Rücksicht auf die nötig gewordenen Lohnerhöhungen eine Erhöhung der Garn- und Gewebepreise in Kürze erfolgen.

Der Vorstand.

(Unterschrift)

Major.

Man muß anerkennen, daß die militärischen Zentralstellen mit Nachdruck für eine angemessene Entlohnung der Textilarbeiter in den Baumwoll-Spinnereien und -Webereten, die als Höchstleistungsbetriebe anerkannt sind, eintreten. Andererseits geht aus der Verordnung bedauerlicherweise hervor, daß „einzelne“ Höchstleistungsbetriebe in der Lohnfrage einen ganz anderen Standpunkt einnehmen und sich nicht für verpflichtet halten, die in der Entschädigungsverordnung vorgesehenen Löhne zu zahlen. Unter diesen Umständen ist die Aufklärung, die den Schlichtungsausschüssen durch die Kriegsamtstelle Düsseldorf zuteil geworden ist, besonders zu begrüßen. Da sie von der Kriegsrohstoff-Abteilung stammt, gilt sie für das ganze Deutsche Reich.

Die Arbeitskammern.

Entwurf der Gewerkschaften und Angestelltenverbände.

Reichskanzler Graf Hertling hat die Einbringung eines Arbeitskammer-Gesetzes für den Anfang des Jahres amtlich angekündigt. Gerade in der Frage der Arbeitskammern bestanden unter den Arbeitnehmern in den verschiedenen Verbänden starke Meinungsverschiedenheiten. Es ist klar, daß für die Ausgestaltung des Gesetzeswerkes die Aussichten umso besser sind, je mehr die Arbeiter selbst zu einem Einvernehmen gelangen. Nach langen Bemühungen ist dies gelungen. Die freien Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen, christlichen, polnischen Berufsvereinigungen, die vereinigten Technikerverbände und viele andere Angestelltenorganisationen haben gemeinsam einen vollständigen Gesetzentwurf von rund 50 Paragraphen ausgearbeitet und, mit ihrer Unterschrift versehen, an das Reichswirtschaftsamt geleitet.

Das Gewerkschaftsprogramm hat sich für Arbeitskammern entschieden, d. h. für eine gemeinsame Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber in § 1 wird hervorgehoben, daß auch die besonderen Interessen der Arbeitnehmer durch deren Vertreter in der Arbeitskammer wahrgenommen werden können. Das Prinzip der Arbeitskammer und der Arbeiterkammer ist also in dem Entwurf vereinigt.

Das Tätigkeitsgebiet der Arbeitskammern ist weit ausgedehnt; es umfaßt besonders die Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden bei Erhebungen und Gutachten, bei Erlassen zum Schutz des Lebens oder der Gesundheit der Arbeiter, Veranstaltungen und Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer. Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und des Lehrlingswesens, Förderung des Tarifvertragswesens und der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung, Errichtung von Fachauschüssen. Die Arbeitskammern sollen auch selbständig Umfragen über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse in ihrem Bezirk vornehmen können. Auch die Arbeitnehmer für sich sollen das Recht zu Erhebungen, selbständigen Gutachten und Eingaben an die Behörden und parlamentarischen Körperschaften haben. In den Entwurf sind ferner die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über die Arbeiterausschüsse und die Errichtung von Einigungsämtern hineingearbeitet.

Die Arbeitskammern sollen nicht auf beruflicher, sondern auf territorialer Grundlage ruhen. Bezirk, Namen und Sitz der Arbeitskammer soll der Bundesrat nach Anhörung der Organisationen bestimmen. In den Arbeitskammern sollen dann besondere Abteilungen für einzelne Gewerbebezweige, insbesondere Land- und Forstwirtschaft, technische und kaufmännische Angestellte, gebildet werden.

Wahlberechtigt sollen alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Bezirk der Arbeitskammer sein, die das 21. Lebensjahr vollendet haben, selbstverständlich ohne Unterschied des Geschlechts. Wählbar sollen auch die Angestellten der wirtschaftlichen Organisationen sein.

Die weiteren Bestimmungen des Entwurfs befassen sich mit dem Wahlverfahren — Verhältniswahl mit gebundenen Listen — und der Geschäftsführung der Arbeitskammer. Die Wahlen sollen auf je vier Jahre vorgenommen werden. Den Vorsitzenden der Arbeitskammer und seinen Stellvertreter

annimmt die höhere Verwaltungsbehörde. Die Verhandlungen der Arbeitskammer sollen in der Regel öffentlich sein. Für die Mitglieder der Arbeitskammer sind Tagegelder und Ersatz der notwendigen Fahrtkosten sowie des entgangenen Arbeitsverdienstes vorgesehen. Die Kosten für die Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern und ihrer Abteilungen sowie der Einigungsämter und Schlichtungsstellen sollen die Gemeinden oder Gemeindeverbände ihres Bezirks tragen.

Allgemeine Rundschau.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft zur preussischen Wahlrechtsvorlage.

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses hat dem preussischen Landtag folgende Abänderungsanträge zur Wahlrechtsvorlage unterbreitet:

1. Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist dahin zu gestalten, daß im Durchschnitt auf je 100 000 höchstens



Ortsgruppen-Vorstände, Vertrauensleute, Mitglieder!

Schließt stets die Reihen der Organisation!

Befehlt alle Posten, füllt jede Lücke sofort aus! Hest Kolleginnen und Jugendliche zur Mitarbeit heran! Sorget für ordnungsmäßige Beitragszahlung! Veranlasst Konferenzen und Versammlungen! Leben und Ordnung sind die Grundpfeiler des Verbandes.

Der Zentralvorstand.



aber auf 150 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. 2. Großstädte und zusammenhängende Wirtschaftsgebiete sind zu einheitlichen großen Wahlkreisen zusammenzufassen, in denen nach dem System der Verhältniswahl gewählt wird. 3. Das aktive und passive Wahlrecht zum Preussischen Abgeordnetenhaus ist allen männlichen Personen, die 25 Jahre alt sind, zu gewähren. 4. Die Ausübung des Wahlrechts soll spätestens nach sechsmonatigem Wohnsitz im Wahlkreise zugebilligt werden. 5. Es ist gesetzlich festzulegen, daß zur Abänderung der wichtigsten Verfassungsangelegenheiten, zu denen auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und die Aufrechterhaltung der konfessionellen Schule vorgesehen werden mögen, eine Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenhauses erforderlich ist. 6. Die Arbeiter sind in angemessenem Verhältnis zu den anderen Erwerbsständen zur Mitgliedschaft im Herrenhaus heranzuziehen; die Mindestzahl der Arbeitervertreter ist gesetzlich festzulegen.

Die Vorschläge werden gewiß auch jenen Kreisen annehmbar erscheinen, die aus Bedenken kulturpolitischer Art, der Einführung des gleichen Wahlrechts nur widerwillig zustimmen.

Ein offenes Wort.

Die „Gewerkschaftsstimme“, die Zeitung des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands wendet sich scharf gegen den Streik besonders gegen denjenigen aus politischen Gründen. In einem zweiten Artikel: „Ein offenes Wort“ wird hervorgehoben, daß es auch für die Arbeitgeber vaterländische Pflichten gebe. Leider ließen sich nicht alle Arbeitgeber von dem hohen sittlichen Pflichtbewußtsein tragen, wie die christlich-national gesinnten Arbeiter. Bittere Klage wird geführt, daß den Arbeitern oft das ihnen zustehende Qualitätsrecht

geschmälert wird. Es werden Beispiele angeführt, wo Arbeitgeber den Arbeitern so lange zusetzten, bis sie aus dem Verbandsverbande austraten. Die Vertrauensmänner der Gewerkschaften seien meistens die gehäxtesten Personen. Dann wird darauf hingewiesen, daß die organisierten und reklamierten Arbeiter von den Arbeitgebern oder deren Vertreter oft mit dem Schützengraben bedroht würden. In den Schlichtungsausschüssen mangle es mehrfach an dem notwendigen Durchgreifen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in D. . . habe eine dringende Sache nicht nur wochenlang verzögert, sondern den Arbeitern noch nahegelegt, von dem Verbandsverbande fort zu bleiben. Arbeiterausschüsse würden in vielen Fällen vom Unternehmer geleitet, die berechtigten Forderungen der Arbeiter vor dem Schlichtungsausschusse nicht zu vertreten. Hingewiesen wird auf die Art, der sich Unternehmerverbände gegen die christlichen Gewerkschaften bedienten. Man mache viel Spektakel wegen der gestiegenen Löhne, verschweige aber die ungeheuer gestiegenen Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Es wäre Zeit, daß viele Unternehmer eine andere Haltung gegenüber dem Arbeiterstande einnehmen. Die gegenwärtige Not muß gemeinsam getragen werden. Durch das sittliche Pflichtbewußtsein der Arbeiter sollten sich die Leiter der industriellen Werke nicht beschämen lassen. Der soziale Friede ist nur möglich, wenn sich die Unternehmer dazu aufschwingen, die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes anzuerkennen und praktisch auch darnach handeln.“

Unsere Volksversicherung.

Die Versicherungseinrichtungen der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung, die wir zu den Wohlfahrts-Einrichtungen unseres Verbandes rechnen, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Das zeigt der Antragszuwachs an Versicherungen, der 1917 trotz des Krieges über 7 1/2 Mill. Mark betrug.

Auch in unserem Verbandsverbande ist das Interesse für die hier gebotenen Kapitalversicherungen im Wachsen. Es müßte auch sonderbar zugehen, wenn es anders wäre bei einem Unternehmen, das die Gemeinnützigkeit auf seine Fahnen geschrieben hat, das alle Gewinne den Versicherten selbst zuwendet, und das auch bei seinen Tarifen und Versicherungsbedingungen ausschließlich von den berechtigten Wünschen der Versicherten geleitet wird. Neben den geschilderten Gründen macht aber noch ein Umstand unsere Kapitalversicherung vollständig, dem man vielleicht die Bedeutung zunächst nicht beilegt, die ihm zukommt. Wir haben hier den großen Vorzug im Auge, den unsere Volksversicherung unseren Mitgliedern dadurch bietet, daß sie die Aufnahme nicht von einem ärztlichen Zeugnis abhängig macht, wengleich auch sie selbstredend im Interesse der Versicherungsgesamtheit nur gesunde Personen aufnehmen kann. Wir denken dabei nicht sowohl an die Kostenersparnis durch den Fortfall des ärztlichen Zeugnisses, auch nicht an die Unbequemlichkeiten, Aufregungen und Weitläufigkeiten der ärztlichen Untersuchung, als vielmehr an die Scheu, die vielfach schwer überwindbare Abneigung vieler Personen, besonders von Frauen, gegen die ärztliche Untersuchung, wie sie die sogenannte große Lebensversicherung verlangt. Die Erfahrung zeigt, daß die Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung, wie wir sie hier unseren Mitgliedern nach den günstigen Tarifen I und II empfehlen, immer vollständiger wird, so daß man sie auch darum zutreffend „Volksversicherung“ nennen darf.

Wir behalten uns vor, auf Einzelheiten, auch auf die gebotenen vorzüglichen Kinder-Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen später zurückzukommen. Können aber unseren Mitgliedern schon jetzt nur raten, nicht zu zögern, sondern von unseren Kapitalversicherungstarifen recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die Gemeinnützige Volksversicherung des Verbandes, Köln, Venloerwall 9 ist gern bereit, auf Wunsch jedem Mitgliede unverbindlich und kostenlos Prospekte und nähere Auskunft zu geben, und auch mündlich Auskunft, soweit unsere Ortsvereine bereits Rechnungsstellen für den Betrieb unserer Volksversicherung errichtet haben. Diejenigen

Bereine aber, die eine Rechnungsstelle noch nicht errichtet haben, bitten wir hiermit, sofern eben möglich, auch schon während des Krieges Rechnungsstellen zu errichten.

Aus unserer Industrie.

Deutsche Faserstoff-Ausstellung.

Die Eröffnung der Deutschen Faserstoff-Ausstellung wird nunmehr, nachdem alle Vorarbeiten zum Abschluß gelangt sind, am 28. Februar dieses Jahres in den Ausstellungshallen am Zoo in Berlin erfolgen. Da fast alle Gewerbe, die sich auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens betätigen, beteiligt sind, wird die Ausstellung ein nahezu lückenloses Bild der Gewinnung und Verarbeitung von einheimischen Faserstoffen ergeben, umso mehr, da auch zahlreiche Maschinen vorgeführt werden sollen, die zur Verarbeitung von Faserstoffen dienen. Die große Ausstellungshalle ist bereits völlig belegt. Anmeldungen zum Beitritt zu dem „Verein zur Veranstaltung der Deutschen Faserstoff-Ausstellung“ werden nach wie vor entgegengenommen. Zahlreiche größere Städte aus allen Teilen Deutschlands haben den Wunsch geäußert, die Ausstellung auch in ihren Mauern zu sehen; natürlich können diese Wünsche, da jede Veranstaltung ungefähr drei Monate in Anspruch nimmt und sehr große Kosten verursacht, leider nicht sämtlich erfüllt werden. Die Verhandlungen darüber, in welcher Stadt die Ausstellung an zweiter und dritter Stelle vorgeführt werden soll, stehen vor dem Abschluß. In Betracht kommen dabei in erster Linie Großstädte in den wichtigsten Industriegebieten Westdeutschlands und Sachsens. Den Vorsitz im Ehrenauschuß hat der Reichskanzler übernommen. Das Verzeichnis der gesamten Mitglieder des Ehrenauschusses und des größeren Ausstellungsausschusses wird in einer der nächsten Nummern der „Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle“ veröffentlicht werden.

Wie sie uns wirtschaftlich erdroffeln wollen!

Der kürzlich zurückgetretene frühere englische Minister Carson sagte am 31. Januar in einer Rede:

„Die Zeiten sind nicht nur ernst, sondern kritisch, aber ebenso für unsre Feinde. Die große Frage ist jetzt, wer von beiden aushält. Die Deutschen vertrauen nicht so sehr auf ihre militärische Ueberlegenheit als auf die Tatsache, daß sie eine wohldisziplinierte Nation sind. Es würde ein verhängnisvoller Tag für die Freiheit und die Zivilisation der Welt sein, an dem sich herausstellen würde, daß die Demokratie bei einer großen Probe nicht auf der Höhe ist. Lassen Sie uns die Nation nicht in zwei Lager teilen, als ob sie aus Leuten, die den Krieg, und solchen, die den Frieden wollen, bestände. Wir alle wollen den Frieden, aber wir haben zu bedenken, daß ein großer Unterschied zwischen einem wirklichen Frieden und einem scheinbaren Frieden ist. Ich gehöre zu denen, die meinen, daß keine Gelegenheit vorübergehen werden dürfte, die den Krieg zu einem erfolgreichen und ehrenhaften Ende bringen kann. Aber in den Reden, die wir unlängst von Deutschland und Oesterreich gehört haben, sehe ich keine Annäherung seitens unsrer Feinde an einen ehrenhaften und bleibenden Frieden. Solange unsre Feinde das beanspruchen, was im Grunde Auflösung des britischen Reiches bedeutet, und solange sie von solchen Dingen, träumen, wird dieses Land bis zum letzten mit Sozialisten nichts zu tun haben wollen. Carson sprach alsdann von den Aufgaben nach dem Kriege, die er als kolossal bezeichnete. Die ganze Welt werde um Rohstoffe kämpfen, die Frage werde sein, ob England nebst seinen Alliierten oder die Feinde sie erhalten würden. Aber das müßten, gleichgültig was geschieht, England und seine Bundesgenossen sein. Sie kontrollierten praktisch die Märkte für Wolle und Baumwolle. Der Präsident der deutschen Textilindustrie habe zugegeben, daß, wenn die Alliierten die Kontrolle über die Baumwolle in die Hand nähmen, die

deutsche Textilindustrie zugrunde gehen werde. Ja, warum denn nicht? — Es möge unchristlich klingen, aber es sei nicht zu ändern. (Gelächter und Beifall.) Dasselbe gelte für Mineralien. Man habe die Gesetzesvorlage betreffend den Metallhandel kritisiert, da sie den Handel beeinträchtige. Wessen Handel? Deutschlands? Ja, sollte denn England zugeben, daß dieser Handel wieder in deutsche Hände käme, damit die Deutschen Kanonen und Bomben gegen England anfertigen? Habe man je eine solche Narrerei gehört? Die Engländer würden Narren oder Verbrecher sein, wenn sie nicht rückhaltlos das Volk darüber aufklärten.“

Und da gibt es bei uns noch Leute, die sich einbilden, die Regierungen der Mittelmächte brauchten nur die Hand auszustrecken, um einen brauchbaren Frieden zu erlangen. Nein, unsere Feinde sind wahre Teufel, die es auf die gründlichste Vernichtung Deutschlands und seines Wirtschaftslebens abgesehen haben. Wenn das gelingt — arme deutsche Arbeiter!

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Sardt. In unserer Versammlung am 3. Februar gedachte der Vorsitzende der gefallenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Dann sprach Bezirksleiter Hermes über das Thema: Welche Rechte können die Textilarbeiter in der heutigen Zeit geltend machen? Aus dem Hilfsdienstgesetz gab er wertvolle Erläuterungen, die zur Belehrung der Anwesenden beitrugen. Dann ging er auf die wirtschaftliche Lage ein. Diese erfordere, daß die Verhältnisse der Textilarbeiter aufgebessert werden, weil sie mit der Verteuerung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt gehalten haben. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Agitationsarbeiten rege zu unterstützen.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Franziska Fehmer aus Borghorst.
August Schulze aus Cottbus.
Witwe Maria Denz aus Wehr.
Franz Rader aus Höfen.
Wilhelm Wallbaum aus Jöllenbeck.
Ehre Ihrem Andenken!

Keine Frau

verschmäht heute dauernden, guten Nebenverdienst durch Tätigkeit für unser soziales Unternehmen. Auskunft erteilt die Generalrechnungsstelle in Cöln, Deutscherwall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Ihr streikt? — Artikel: Wiedereinführung der vollen Verbandsbeiträge. Beschluß des Zentralvorstandes. — Zur Lohnfrage in der Textilindustrie. — Die Arbeitskammern. — Allgemeine Rundschau: Die christlich-nationale Arbeiterschaft zur preussischen Wahlrechtsvorlage. — Ein offenes Wort. — Unsere Volksversicherung. — Aus unserer Industrie: Deutsche Faserstoff-Ausstellung. — Wie sie uns wirtschaftlich erdroffeln wollen! — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Sardt. — Sterbetafel. — Inserat.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. G. S. P. Schiffer,
Deutscherwall, Postfach Nr. 7.